

Er scheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Koblenz und Expedition
Johannisstraße 33.
Besprechungs der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
Kanzlei der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literate an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 10 Uhr.
In der Kanzlei für Inf. Annahme:
Otto Krumm, Unterstaatssekretär,
Königsplatz, Rathenowerstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2, halbjährlich 8, jährlich 15, incl. Postgebühren 5 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerung 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postförderung 36 Pf.
mit Postförderung 45 Pf.
Inserate 10 Pf. pro Zeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Sätze nach höherem Tarif.
Klavisuren unter dem Redaktionsstempel
die Spaltweite 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachnahme.

№ 342.

Sonntag den 8. December 1878.

72. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 11. December a. c. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der L. Bürgerhalle.
Tagesordnung:

1. Gutachten des Schulausschusses über a. das Budget der Thomasschule, b. die Budgets der Fortbildungsschulen für Knaben und Mädchen.
2. Gutachten des Oekonomie- und Finanzausschusses über a. die Budgetconten 8 bez. 9 und 10, 12, 16 bis mit 24, 26, bis mit 28, 34 und 38; b. die Gemeinbeiträge in Vorkitz.
3. Gutachten des Ausschusses zum Feuerlöschwesen über Conto II. des Budgets pro 1879.
4. Gutachten des Bau- und Finanzausschusses über die anderweitige Unterbringung des Standesamtes.
5. Gutachten des Bauausschusses und des Oekonomieausschusses über die Budgetconten 1, Abthlg. M. 10, Abthlg. K. 13 pos. 15, sowie die Conten 15, 25, Abthlg. A. 30, 31 und bez. 32, 35 und 36.

Bekanntmachung.

Auf Grund von §. 47, Min. 7 der zum Volksschulgesetz erlassenen Ausführungsverordnung vom 25. August 1874 werden mir hierdurch wiederholt öffentlich bekannt, daß die Verwendung von Kindern in öffentlichen theatralischen Vorstellungen oder Concerten, wenn nicht hierzu im einzelnen Falle die Erlaubnis nach vorgängigem Gutachten des Schulvorstandes besondere Erlaubnis erteilt hat, verboten ist und daß mir Jamborhandlungen gegen dieses Verbot mit Geldstrafen bis zu 50 A. eventuell Haft bestraft werden.
Leipzig, am 30. November 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Schnert.

Bekanntmachung.

Am 3. Leber, d. i. Sonntag den 29. December d. J., als dem Todestage der Frau Sara Gräntel soll die Hälfte der Finken der **Schule und Sara Gräntel-Stiftung** an eine würdige, nicht durch eigene Schuld bedürftig gewordene, in Leipzig wohnhafte ältere Person, mit Vorzug einer solchen weiblichen Geschlechts, ohne Unterschied der Confession, des Berufs u. s. w. vergeben werden.
Wir fordern geeignete Bewerber hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum **12. December d. J.** bei uns einzureichen.
Leipzig, den 28. November 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Meier-Schmidt.

Bekanntmachung.

Auf Anlaß des Ausbruchs der Pinderpest in Ostpreußen und dem Regierungsbezirk Frankfurt hat die hiesige königliche Kreisbauverwaltung den **Abtrieb von Windvieh mit Ausnahme der Kühe aus dem Pfaffenborner Viehhofe außer nach dem kaiserlichen Schlachthofe bis auf Weiteres verboten.**
Demgemäß dürfen von jetzt ab bis auf weitere Anordnung im Pfaffenborner Viehhofe aufgetriebene Kühe nur dann aus dem Viehhofe entfernt werden, wenn dieselben unter der von uns angeordneten Kontrolle direkt nach dem kaiserlichen Schlachthofe zum Schlachten gebracht werden, und ist insbesondere der Abtrieb solcher Viehe aus dem Pfaffenborner Hofe nach Privat-Schlachthäusern untersagt.
Runderhandlungen werden nach §. 298 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis bis zu zwei Jahren geahndet.
Leipzig, den 6. December 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Rußland und der Berliner Vertrag.

St. Petersburg, 3. December. Die öffentliche Meinung in Rußland wird jetzt auf eine harte Probe gestellt. Man untersagt ihr jeden Art von Repressalie und doch muß sie jeden Tag erfahren, daß die Concessionen, welche Kaiser Alexander um des Friedens willen in Berlin in Betreff der zu Gunsten der Christen in Rumelien erlangten Garantien gemacht hat, ja Nichts führen, ja daß die Anstrengungen der Pforte, unterstützt durch die Passivität und die Voreingenommenheit der Mitunterzeichner des Berliner Vertrages, kein anderes Ziel im Auge haben, als alle um den Preis so vieler Geld- und Blutopfer von Rußland erzwungenen Siege in ihren Consequenzen zu bereiten. Gewiß, Rußland müßte den Frieden und bedarf auch desselben, seine Regierung wünscht ihn gleichfalls und vielleicht in noch höherem Grade; doch muß man ihr dieselben ermöglichen. Es giebt eine Frage, in welcher keine Regierung, kein Volk und vollends kein großes und junges Volk nachgeben kann — es ist die Frage seiner Würde. Niemand hat die Cabinetts, welche erstlich den Frieden wollen, dies rücksichtlich ihrer momentanen Gegner überleben, sondern vielmehr Alles angewendet, um diese Frage aus dem Spiel zu lassen. Welche wird nun die Lage des Kaisers Alexander und des russischen Volkes an dem Tage sein, an welchem die russischen Truppen die Türkei räumen müssen, ohne daß diese Letztere eine einzige der Bedingungen des Berliner Vertrages zum Schutze des Looses der Christen Rumelien erfüllt haben wird? Wird die russische Regierung auch dann die Truppen zurückziehen müssen? Und wenn der Berliner Vertrag nur gegen Rußland und nicht auch gegen die Pforte seine Wirkung haben soll, wo bleiben dann jene Gesühle der Populärkeit und des Ansehens, welche zu den ersten Erfordernissen der internationalen Beziehungen gehören? Diese Reflexionen hört man hier überall aussprechen und es sind dieselben angelehnt an die jüngsten Konstantinopler Nachrichten nicht ohne eine gewisse Wichtigkeit. Die Schwierigkeiten, welche die Pforte, gestützt auf den auf Rumelien Bezug nehmenden Bestimmungen des Berliner Vertrages entgegensetzt, werden nicht nur von der russischen, sondern auch von der ausländischen Presse hinreichend gewürdigt. Die Mächte in den von den russischen Truppen geräumten Orten haben auch in der englischen Presse, Beachtung gefunden. Und Was unternehmen, so fragt man, die Cabinetts gegen ein betätigtes Vorgehen, um ihren Unterschriften Achtung zu verschaffen? Es wäre schwierig, darauf eine bestimmte Antwort zu erteilen, doch scheint es, als ob Graf Schumaloff von den ihm in Pest und Wien auf seine Vorschläge erteilten Antworten nicht sonderlich erbaud gewesen sei. Man erzählt sich hier sogar von einem durch erfolgreiche Verhandlungen erzielten österreichisch-englischen Einvernehmen. Das diesbezügliche Gerücht mag vielleicht falsch sein, doch wie kommt es, daß die internationale Commission für Rumelien sich so wenig verständig und billig zeigt und ihre Arbeiten so langsam fortschreiten? So würde jüngst der Telegraph, daß diese Commission mit Stimmenmehrheit den bekannten Vorschlag der Pforte auf Repatriierung der türkischen Auswanderer nach Rumelien angenommen habe. Ist dies möglich? Dies würde angeht des unbeherrschbaren Hasses von dem beide Rassen gegen einander erfüllt sind? Sollte unter den gegebenen Verhältnissen diese Repatriierung nicht besser erst nach und nach und nach gewissen Kategorien erfolgen, um den Reibungen und Zusammenstößen, die bei einer Massenrückkehr der Flüchtlinge unausbleiblich sind, vorzubeugen? Würde es nicht vielmehr angezeigt, den einzelnen Personen erst nach einer vorübergehenden ernstlichen Untersuchung die Rückkehr zu gestatten, und geschähe es auch nur, um die Rückkehr solcher Unberühmter Leute wie Cheffet Pascha hintanzu-

halten? Und wären solche Vorrichtungen etwa gegenüber der Pforte und ihren Staatsmännern überflüssig in einem Augenblicke, wo eben dieser Ehestet an die Spitze der zur Wiederherstellung der Ruhe in Makedonien bestimmten Truppen gestellt wird? Derlei Vorgänge sind wenig geeignet, das russische Volk von dem Billigkeitgefühl Europas zu überzeugen, oder eine friedliche Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten zu erleichtern.
Unter allen Umständen wird Europa mit dem Willen des Czaren zu rechnen haben, der aus seiner Gefinnung kein Hehl macht. Dafür liegen bemerkenswerthe Zeugnisse vor. So war die Reise des Fürsten Dondukoff-Korsakoff nach Livadia keineswegs eine plötzliche und unvorhergesehene, sondern schon lange vorher festgesetzt, nachdem der Czar den Wunsch ausgedrückt hatte, vor seiner Rückreise nach St. Petersburg den Gouverneur von Bulgarien zu sehen. Bekanntlich verließ der Fürst auf der Nacht „Wladimir“ Konstantinopel und traf am 19. November in Livadia ein.
Am Tage darauf gab der Czar ihm zu Ehren ein Gala-Diner, zu welchem er in der Obersten-Uniform der kaiserlichen Dragoner erschien, weil Fürst Dondukoff-Korsakoff 18 Jahre in diesem Regimente gedient hatte. Beim Diner brachte der Czar einen Toast auf den „Veteranen vom Kaukasus“ aus und sagte hinzu: „Meine Herren! Ich lege Werth darauf, Ihnen mitzutheilen, daß ich diese Uniform zu Ehren unseres alten Kameraden angelegt habe, den wir heute in unserer Mitte zu sehen das Vergnügen haben.“
Am nächsten Tage war dem Fürsten eine noch größere Ehre beschieden. Die Kaiserin wünschte wegen einer Unpäßlichkeit in ihren Appartements zu dinniren. Zu diesem intimen Diner, an welchem nur der Kaiser und die Kaiserin Theilnahmen, war der Fürst geladen. Während der vier Tage seines Aufenthalts in Livadia hatte der Fürst wiederholt lange Besprechungen mit dem Kaiser über die Lage in Bulgarien und in Rumelien. Der Czar ließ sich Alles detaillirt erklären und drückte zu wiederholten Malen seine vollständige Billigung der von dem Fürsten befolgten Politik aus. Besonders betonte der Czar, er begreife die Schwierigkeiten, mit denen der Fürst zu kämpfen habe, und wisse auch, daß er Verleumder und Gegner habe; aber nach reiflicher Erwägung aller Umstände billige er dessen Vorgehen, und er könne ihn nur aufordern, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren. In allen Schwierigkeiten könne er auf die Unterstützung des Czaren rechnen.
Diejenigen, die behaupten, daß der Czar gewisse Acte und Worte des Gouverneurs von Bulgarien nicht gebilligt habe, haben sich demnach vollständig getäuscht. Wen so wenig ist die Nachricht begründet, daß der Czar den Fürsten Dondukoff-Korsakoff beauftragt hätte, die nationalen Aspirationen der Bulgaren im Ganzen zu halten und deren Rundgebungen zu Gunsten der Einheit zu unterdrücken.
Der Czar erklärte sich bereit, den Berliner Vertrag auszuführen, aber er fügte hinzu, daß er die christliche Mission, für die er die Waffen ergriffen, bis zum Ende zu erfüllen gedenke und daß seine Truppen die europäische Türkei erst dann räumen werden, wenn die Pforte selbst ihre Verpflichtungen erfüllt und gute und solide Garantien für die Verbesserung des Looses der Christen gegeben haben wird. Rüksichtlich Rumeliens machte er wiederholt die Aeußerung: „Ich glaube nicht, daß ein ottomanischer Gouverneur in Süd-Bulgarien einziehen könnte, und wenn er einzieht, dürfte er nicht lange dort bleiben. Darüber haben meine Bulgaren ihre bestimmten Entschlüsse gefaßt.“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 7. December.
Vor Kurzem hieß es, daß das Kriegsgewicht in Sachen des „Große Kurfürst“ in

14 Tagen zusammenzutreten werde, jetzt wird diese Angabe wieder beseitigt, da sie dem geregelten Geschäftsgange widerspreche. Der mit der Untersuchung in Kiel beauftragte Divisions-Richter wird, da in voriger Woche die Vernehmung beendet worden ist, ungefähr 14 Tage zur Ordnung des Materials und Fertigstellung des Berichtes bedürfen. Der Bericht geht dann auf dem vorgeschriebenen Instanzenwege an das General-Auditorium behufs Prüfung der Acten. Nachdem diese erfolgt ist, wird erst die Zusammenfassung und Einberufung des Kriegsgerichts (beim Garde-Corps!) erfolgen können. In Sachen der „Pommerania“ wird jetzt gemeldet:
Wenn vielfach darauf verwiesen worden ist, daß der Unglücksfall der „Pommerania“ seine Aburtheilung vor einem der neuen deutschen Seegerichte finden werde, so bleibt doch noch so zu verstehen, daß das Verhalten des Capitains und der Officiere des genannten Schiffes von der genannten, seit vorigem Jahre erst in Kraft getretenen neuen deutschen Behörde in Untersuchung gezogen werden wird, wogegen jedoch die Begründung des Sachverhalts bei dem kaiserlichen Untersuchungs-Richter, und in dem Falle die Erhebung des erforderlichen Entschadigungsanspruches, wie überhaupt die Verhandlung über den ganzen rechtlichen Theil dieser Angelegenheit um deswillen der gleichen englischen Behörde schwierig entzogen werden kann, weil der Vorgang sich im Bereich der englischen Rüste abgespielt hat, und nach dem Geordet jeder Seemann, welcher ein Kaufschiff irgend einer Nation an der Küste eines fremden Staates betritt, demnach an das Seegericht des Letzteren verwiesen werden soll.
Nachdem Herr W. Brade bei der letzten Stadtverordnetenwahl zu Braunschweig durchgefallen, sein „Volksfreund“ unterdrückt ist, wird auch sein Verlaß confisziert. Von der Polizeidirection zu Braunschweig sind nämlich die in dem Verlage von W. Brade daselbst erschienenen Druckschriften: 1. Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit, von Eduard Sad, 1874. 2. Beiträge zu der Schule im Dienste für die Freiheit, von Eduard Sad, erster Band, 1875, verboten worden. Eine Zusammenstellung der bis zum 2. December d. J. durch den „Staats-Anzeiger“ veröffentlichten, auf Grund des Socialisten-Gesetzes erlassenen Verbote einerseits, so wie der an die Reichs-Deichherren-Commission gerichteten Beschwerden andererseits ergibt, daß verboten wurden 153 Brevete, 40 periodische und 135 nicht-periodische Druckschriften, also 328 Verbote. Davon fallen auf Preußen als Verboten 44 Brevete, 15 periodische und 91 nicht-periodische Druckschriften; auf Bayern 4 Brevete, 2 periodische, 6 nicht-periodische Druckschriften; auf Sachsen 39 Brevete, 13 periodische, 15 nicht-periodische Druckschriften; auf Württemberg 4 Brevete; Baden 11 Brevete, 2 periodische Druckschriften; Hessen 33 Brevete; Braunschweig 2 Brevete, 3 periodische und 20 nicht-periodische Druckschriften u. s. w. Gar keine Verbote wurden erlassen in Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Meinungen, Altenburg, beide Schwarzburg, Waldeck, Reuß a. L., Schaumburg und Elsbach-Lothringen. Beschwerden sind 66 eingegangen gegenüber 328 Verbote, und zwar 18 wegen Verbots von Breveten bei 153 Verbote; 17 wegen periodischer Druckschriften bei 40 Verbote; und 36 wegen nicht-periodischer Druckschriften gegenüber 135 Verbote. Von den 66 Beschwerden kommen 35 auf Preußen gegenüber 150 Verbote, 11 auf Sachsen bei 67 Verbote, 20 auf Braunschweig bei 25 Verbote.
Abdul Hamid versucht sein zerfallendes Reich durch einen neuen Großvezier zu retten.
Der Correspondent der „Times“ in Konstantinopel bemerkt zur Ernennung Khereddin's Pascha zum Großvezier: Der neue Großvezier ist der Meinung, daß die Türkei durch die Russen in Uebereinstimmung mit ihren Principien reformirt und die Geistlichkeit veranlaßt werden muß, eine active Rolle dabei zu übernehmen. In einer Unterredung, welche ich jüngst mit ihm hatte, machte ich ihn auf

die Schwierigkeiten aufmerksam, auf welche dergleichen ganz in muslimänischem Geiste auszuführende Reformen bei der christlichen Bevölkerung stoßen würden. Khereddin gestand diese Schwierigkeiten zu, hielt sie jedoch nicht für unüberwindlich, da der Islam den Abhängigen aller Glaubensbekenntnisse Gerechtigkeit und eine gute Regierung gewähre und tüchtigen Männern andern Glaubens nicht den Weg zu den Staatsämtern verschließe. Die Verwirklichung der Ideen Khereddin's würde eine Vermehrung des politischen Einflusses der Ulema's bedingen. Dies würde jedoch keine Gefahr, wenigstens keine augenblickliche bedeuten, da die höhere Geistlichkeit viel aufklärter ist, als gewöhnlich angenommen wird. Wie man auch über Khereddin's Ansichten denken mag, sie zeigen wenigstens Originalität und Energie und bilden schon dadurch einen schlagenden Contrast zu denen seiner Vorgänger. Der Sultan hat durch diese in offiziellen Kreisen hat beanstandete Wahl eine beachtenswerthe persönliche Initiative und Entschiedenheit gezeigt. Khereddin besitzt das Vertrauen des Sultans in höchstem Grade. Wir können somit einem energischen Anlauf zu wichtigen Reformen entgegensehen.
Ueber die politische Lage in Rußland spricht sich unser heutiger Petersburger Correspondent ausführlicher aus. Der Telegraph meldet ebendabei:
Die Rede des Kaisers in Moskau, in welcher derselbe definitiv die Unterzeichnung des endgültigen Friedens mit der Türkei als bald bevorstehend ansetzte, und in welcher der Gouverneur auf die friedliche Entwicklung Rußlands auf dem geschlichen Wege den vollen Accent legte, haben unentwederbar einen tiefen Eindruck gemacht und ist die Sprache der Moskauer und hiesigen Blätter in voller Anerkennung der von dem Kaiser inaugurierten Politik. „Nach innen und außen friedliche Entwicklung.“ Die Slavophilen Kreise sehen sich einem ernsten Willen gegenüber und stimmen auch ihrerseits ihre Sprache herab.
Die Ministerkrise in Pest ist beendet. Koloman Tisza ist zum zweiten Mal glücklicherweise reconstituirt. Nachdem die Krise angenommen war, erhielt er vom Kaiser den Auftrag, die Bildung eines Cabinetts zu versuchen; am 3. December konnte er schon die vollständige Ministerliste vorlegen. Das neue Cabinet besteht aus folgenden Mitgliedern: Präsidium und Inneres Koloman Tisza, Finanzen Graf Julius Szapary, Handel der bisherige Staatssecretair in Ministerium des Innern Baron Gabriel Kemény, Minister am Hoflager Baron Wendheim, Unterrichts August Trejort, Justiz Dr. Theodor Panzer, Communication Thomas Pechy, Landesvertheidigung Bela Szende, croatischer Minister ohne Portefeuille Koloman Debecovich. Das bisherige Ministerium ist demnach durch zwei neue Mitglieder, Graf Julius Szapary und Baron Kemény, ergänzt. Nachdem der Kaiser seine Genehmigung erteilt, handelte es sich noch formell um die Zustimmung der liberalen Partei, der Majorität des Abgeordnetenhauses. Mittwoch um 6 Uhr Abends fand die vorgenannte Sitzung der liberalen Partei statt. Ministerpräsident Tisza gab eine kurze Darstellung über die Ministerkrise und erklärte, daß er und seine Collegen bereit wären, ein neues Ministerium zu bilden, wenn sie auf die Unterstützung der liberalen Partei rechnen könnten. Der Minister betonte die Wichtigkeit der inneren Fragen, besonders die der Finanzfrage und berief sich, vom Abg. Bahrmann über die orientalische Frage interpellirt, auf seine früheren Darstellungen und betreffs der Annexion auf die jüngsten Erklärungen des Grafen Andrássy. Die Partei stimmte den Erklärungen Tisza's zu und erklärte sich bereit, das Ministerium auf der Grundlage des von Tisza entwickelten Programms zu unterstützen. Am Sonnabend hat sich das neue Cabinet dem Reichstage vorgestellt. Nun ist vorläufig Alles in schönster Ordnung, der Krug aber geht so lange zu Wasser, bis er zerbricht.